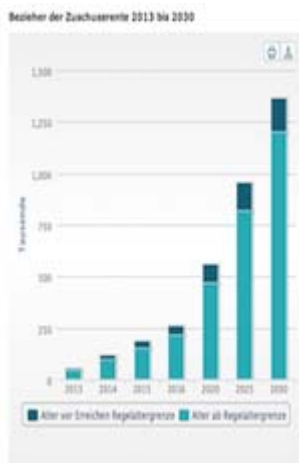


ALTERSARMUT

Rentenlücken lassen sich schließen

Deutschland wird immer älter – und im Alter ärmer. Das ist das alarmierende Ergebnis einer Reihe neuer Studien. Die Politik hat die Bedrohung erkannt und reagiert unter anderem mit einer neuen Zuschussrente. Notwendig ist aber vor allem die Aufklärung über eigenverantwortliche Möglichkeiten, der Altersarmut zu entgehen.



Die Deutschen wissen durchaus, dass sie sich den gewohnten Lebensstandard im Alter nicht mehr werden leisten können. Nach einer Studie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft rechnen die Menschen im Alter mit einer Rentenlücke von im Schnitt 600 Euro. Doch trotz dieser Gewissheit, sich ohne zusätzliche Altersvorsorge später deutlich einschränken zu müssen, handeln die Menschen nicht danach: Ausgaben für Produkte der Altersvorsorge erfreuen sich keiner großen Beliebtheit. Nur 24 Prozent der Befragten sind bereit, einiges für die Altersvorsorge auszugeben. Damit rangiert die Altersvorsorge weit abgeschlagen auf Platz

zehn der abgefragten Ausgaben.

Dramatische Entwicklung

Obwohl die Mehrheit überzeugt ist, dass sie sich im Alter finanziell einschränken muss, geht sogar das Interesse an dem Thema Altersvorsorge zurück. „Das ist eine dramatische Entwicklung“, sagt Peter Härtling, Präsident des Bundesverbandes Der Ruhestandsplaner Deutschland e.V. (BDRD). Denn bei denjenigen, die sich der Rentenlücke bewusst seien, fehle es oft nicht nur am Willen etwas zu tun. „Häufiger noch fehlt es am Wissen, das Richtige zu tun“, so Härtling.

„Angesichts der niedrigen Zinsen haben Verbraucher mit Staatsanleihen, Rentenversicherungen oder Sparbüchern oft keine Chance, eine Realverzinsung zu erzielen“, sagt Härtling. Denn die Inflation entwerte das Geld schneller, als die Zinsen das Kapital aufstockten. Für viele Menschen seien renditeträchtigere Investitionen etwa in Aktien die beste, oft die einzige Chance, ihre Rentenlücke zu schließen – oder zumindest zu verringern.

„Es ist ja keine Frage, dass zwei Finanzkrisen und eine Dauer-Schuldenkrise die Menschen vorsichtig machen“, sagt Hans Schex, Geschäftsführer der monad Deutsche Gesellschaft für Ruhestandsplanung mbH. „Aber wer heute zu sicherheitsbewusst spart, hat geringere Chancen, der Altersarmut zu entgehen.“ Das Thema sei ungeliebt, weil es vor allem den Mittelstand treffe: „Wer bereits in frühen Jahren über ein Kapital verfügt, das ihm einen sorgenfreien Ruhestand ermöglicht, kann auch die Kaufkraftverluste durch Sparbuchzinsen in Kauf nehmen. Wer aber auf das Sparen angewiesen ist, um erst Kapital aufzubauen, braucht zumindest teilweise höher rentierende Anlagen“, sagt Schex.

Risiken richtig einschätzen

Die Beratung führe aber oft in eine ganz andere Richtung: Sicherheit werde

in den Vordergrund gestellt. „Statt jeden Verbraucher vor Anlagerisiken schützen zu wollen und damit indirekt in die Altersarmut zu treiben, sollte er durch Aufklärung in die Lage versetzt werden, bestimmte Risiken einzuschätzen und einzugehen“, sagt Peter Härtling. „Beispielweise mit Investitionen in Produktivkapital erhalten sich Anleger die Chance, langfristig eine ausreichende Rendite zu erzielen“, so Härtling.

Schließlich bedeutet jede Anlage, bei der die Zinsen niedriger sind als die Inflationsrate, einen Kaufkraftverlust. Und was von heute aufs nächste Jahr gerechnet noch unbedeutend sei, Sorge über die kommenden 20, 30 oder 40 Jahre bis zum Ruhestand zu einer einschneidenden Verringerung der Kaufkraft. Und damit zu einer deutlichen Reduzierung des Lebensstandards im Alter.

„Der beste Verbraucherschutz besteht darin, den Menschen den Weg aufzuzeigen und die notwendige Kompetenz zu vermitteln“, sagt Härtling. Nur wer mit dem notwendigen Wissen ausgestattet sei, könne in der Geldanlage Entscheidungen treffen, die das Risiko, im Alter zu verarmen, drastisch senken. „Anleger, die in der gesamten Ansparphase, also in der Zeit, in der sie Arbeitseinkommen beziehen, ihr Geld vermeintlich sicher aufs Sparbuch legen, werden diejenigen sein, die im Rentenalter finanziell am schlechtesten dastehen.“

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat deshalb jetzt ein Gesetzespaket zur Bekämpfung der Altersarmut vorgelegt. Ziel sei es, Gerechtigkeitslücken zu schließen, sagte die Ministerin. Wichtigstes Element ist die sogenannte Zuschussrente. Mit ihr soll die Rente von Geringverdienern bis auf 850 Euro angehoben werden. Wer aus einer privaten Riester-Rente Geld erhält, soll dieses nicht angerechnet bekommen.

Eigenverantwortliche Vorsorge

Diese Zuschussrente soll ab 2013 eingeführt werden. Jeder, der 40 Versicherungsjahre sowie 30 Beitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr oder Pflege nachweist und gering verdient hat, erhält eine Zuschussrente. Technisch sollen die Bewertung der Pflichtbeitragszeiten ab 1992 verdoppelt werden, jedoch bis auf maximal 1 Entgeltpunkt pro Jahr. Insgesamt ist die Aufstockung auf 31 Entgeltpunkte (West) und 35 Entgeltpunkte (Ost), das entspricht nach derzeitigem Stand rund 850 Euro Bruttorente, begrenzt.

Mit Einführung der Zuschussrente erwartet das Ministerium, dass rund 52.000 Menschen von der Zuschussrente profitieren, 2030 sollen es bereits rund 1,4 Millionen sein.

Für Ministerin von der Leyen ist diese Zuschussrente ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die drohende Altersarmut. Für entscheidender aber hält etwa der BDRD die private, eigenverantwortliche Vorsorge, die mit bereits relativ geringen Beträgen die Rentenlücke deutlich vermindern oder sogar schließen kann. Dazu hat der Verband ein Bündnis gegen Altersarmut ins Leben gerufen, das vor allem auf Aufklärung setzt und bereits Unterstützung aus CDU und FDP erhalten hat.

Disclaimer: Grafik: Bundesministerium für Arbeit und Soziales